

Bezugspreis

Der Hefte vierteljährlich 2,50 M., bei
vierteljährlicher Zahlung 2,75 M., durch
die Post 3,25 M., einschließlich Anzeigen-
gebühren. Bestellungen werden von allen
Nachschaffungsstellen angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale- Zeitung“ eingetragen.
Für unvollständig eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Abdruck und Nachdruck: „Saale-
Zeitung“ gestattet.

Verleger: der Verlag Nr. 2535; bei
Herrn Dr. 2532; Gedruckt bei Nr. 176;
Reichsgerichtliche (Markt 24) Nr. 2268.

Saale-Zeitung.

Stammverlegerischer Jahrgang.

Augen

werden die Spaltenpreise oder deren
Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, von unten. Anzeigenstellen
aus allen Annoncen-Expositionen an-
genommen. Reklamen die Seite 75 M.
Er scheint wöchentlich fünfmal,
Sonntag und Montag ausnahms-
weise zweimal täglich.

Schreibleitung und Haupt-Verlags-
stelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17,
Reichsgerichtliche; Markt 24.

Nr. 306.

Halle a. d. Saale, Montag, den 3. Juli

1905.

Der Schluß des preussischen Landtages.

Der preussische Landtag ist am Sonnabend in einer
gemeinsamen Sitzung beider Häuser geschlossen worden.
Der Schluß hätte, da das Abgeordnetenhaus die Vorlage der
Gebühren der Medizinbeamten am Freitag von der
Tagesordnung absetzte, schon an diesem Tage erfolgen
können. Da aber der Eisenbahnminister Frey darauf legte,
vor dem Lande Mitteilungen über die geplante Reform
der Personen- und Gepäcktarife zu machen, wurde
am Sonnabend noch eine Sitzung abgehalten.
Nach kurzer Begründung der Interpellation durch den
Abg. Frhr. v. Redlich legte Minister v. Budde in
längerer Rede die in der Saupfische bereits bekann-
ten Grundzüge der beabsichtigten Tarifreform dar. Er ver-
sprach die Eisenbahnverwaltung gegen den Vorwurf der Un-
männlichkeit und des Bürokratismus, verteidigt aber mit
Eifer die geplanten Schnellzugzuschläge und die Aufhebung
des Freieigenschafts. Der Minister ließ durchblicken, daß beide
Maßnahmen ihm selbst nicht sonderlich genehm sind, daß
sie aber aus finanziellen Gründen in Kauf genommen
werden müßten, wenn nicht die ganze Reform scheitern soll.
Ebenfalls war die Zustimmung, daß die Sonntagstarife,
Sonderabzüge und die aus Abfahrtsrückfahrten ent-
sprechende Tarifermäßigung bestehen bleiben sollen. Minister
v. Budde bat, wie er selbst in einer zweiten Rede erklärte,
erwartet, daß jene Reformpläne im Abgeordnetenhaus volle
Zustimmung finden würden, da das Haus in einer im
Freitag abgenommenen Resolution eine Tarifreform ohne
wesentliche Einbuße für die Staatskasse gefordert hat, und
er gab seiner Enttäuschung Ausdruck, als von den meisten
Mitgliedern erhebliche Ausstellungen an den Reformplänen
gemacht wurden.

Nachdrücklich wies Abg. Dr. Wiemer von der Freisinnigen
Volkspartei auf die Schattenseiten des Bundesden Reform-
plänen hin und befrägte die Verfeinerung des Verkehrs,
die sich aus den in Aussicht stehenden Zuschlägen für Schnell-
züge und der Aufhebung des Freieigenschafts ergeben würden.
Kreuzlich sprachen sich auch der nationalliberale Abg.
Dr. Friedberg, der die Interpellation mit unterschrieben
hatte, und Abg. Münsterberg von der Freisinnigen Be-
weigung aus, während der konservativen Abg. Gamp,
der Konsensminister, Frhr. von Erffa und Graf Braschma
von Zentrum sich mehr aus dem Standpunkt des Ministers
stellten, aber gegen veränderte Einzelheiten des Reform-
plans ebenfalls Einwendungen geltend machten. Der
Eisenbahnminister hat alle Beanstandungen, die erhoben
wurden, die sicherlich noch mancherlei Ergänzungen in der
Detailausführung werden, noch einmal eingehend und
sorgsam zu prüfen und bei der definitiven Entscheidung nach
Möglichkeit zu berücksichtigen.

Der jetzt geschlossene Landtag kann auf eine arbeits-
reiche Session zurückblicken. Neben dem Etat, der die-
mal rechtzeitig fertiggestellt wurde — unter Zugrundelegung
eines zwischen den Parteien vereinbarten Arbeitsplanes —
sind im ersten Teil der Session die wasserwirtschaft-
lichen Gesetze erledigt worden. Auch war mit dem Aus-
gang des Kampfes um die Kanalvorlage nicht zufrieden zu
sein anmerken, daß die Verabreichung der fünf in ein
Mündel zusammengefaßten wasserwirtschaftlichen Gesetzen
ein tüchtiges Maß wirklich geleisteter Arbeit mit sich gebracht
hat. Mit Rücksicht auf die Kanalvorlage war der Landtag
nicht geschlossen, sondern vertagt worden. Die Kanal-
kommission nahm im Herbst v. J. die Arbeit wieder auf, und
am 2. Februar kam die Kanalvorlage in der Kommission
in zweiter Lesung zur Annahme. Das Plenum trat am
25. Februar zusammen. Zunächst ging die Beratung der
Kanalvorlage langsam von statten. Sobald aber der
Inhalt der neuen Handelsverträge bekannt gegeben war,
wurde ein schneller Tempo eingeschlagen. Am 3. Februar
wurde der unfruchtbarste Teil der wasserwirtschaftlichen Gesetze,
die eigentliche Kanalvorlage, in dritter Lesung mit
244 gegen 146 Stimmen angenommen. Auch das Herren-
haus hat alsbald seine Zustimmung erteilt.

Zu zweiten Teil der Tagung ergab die Regierung einen
weiteren Erfolg, indem sie die Annahme der anfänglich leb-
haft bekämpften Werksarbeitergesetzvorlage durch-
setzte. Auch das Herrenhaus hat sich loblich unterworfen.
Das Stillelegungsgezet, das aus der Initiative des
Abgeordnetenhauses hervorgegangen war, ließ die Regierung
mit Rücksicht auf den Widerstand des Herrenhauses fallen,
dagegen kam der vom Abg. Gamp eingebrachte Gesetzentwurf
betreffend die zeitweilige Nutzungssperre — wenn auch in er-
heblich abgeschwächter Form — in beiden Häusern zu An-
nahme.

Im wichtigeren Vorlagen wurde weiter verhandelt das
Ausführungsgesetz zum Reichsfeuerwesen gesetz, das Jagd-
gesetz, die Rindencruentruen vollen, das Sekundär-
bahngesetz, die Vorlage über die Schadloshaltung
des herzoglichen Hauses Schleswig-Holstein-Sonderburg-
Glücksburg. Der Gesetzentwurf betraf die Erfindung des
Kontaktschalters landlicher Arbeiter wurde in der
Kommission begutachtet und die Vorlage betraf die Gebühren
der Medizinischen Beamten vor Abschluß von der Tages-
ordnung abgesetzt, weil noch im letzten Augenblick von kon-
servativer Seite Widerspruch gegen die vorgeschlagene Ge-
bührenregelung erhoben wurde.

Durch eine Reihe von Interpellationen wurden
Borgänge aktueller Art zur parlamentarischen Verhandlung
gebracht. Insbesondere ließ sich die freisinnige
Vollspartei angelegen sein, politische Vorkommnisse,
die unliebsames Aufsehen erregt hatten, vor das Forum der

parlamentarischen Kritik zu geben. Zu lebhaften Ausein-
andersetzungen führten die von freisinniger Seite eingebrachten
Interpellationen über die Sammelaktivität des Oberpostleiters
Frhr. v. Mirbach, über den Berliner Skulpturist, über den
Königsberger Geheimbundprozeß und die Sacherle Spar-
lotterie. Wenn auch die Freisinnigen des Abgeordneten-
hauses gegenüber den reaktionären Parteien nur eine kleine
Minderheit bilden, so haben sie sich doch an allen Verhand-
lungen lebhaft beteiligt und die Entscheidungen des entschiedenen
liberalen Bürgertums mit allem Nachdruck zur Geltung ge-
bracht.

Deutsches Reich.

Sol- und Personalnachrichten.

— In Berlin ist am Sonntagabend Generalmajor a. D. Emil
Bonberg gestorben.

Die Kieler Woche.

Prinz Adalbert von Preußen ist im Laufe des Sonntag
vormittags von Travemünde abgereist. Gestern am Montag
trat Prinzessin Viktoria Luise in Travemünde ein. Die Kaiserin
erwarte die Prinzessin mit der Solomonsinsel. Im 6. Uhr
wurden der Kaiser und die Königin, letztere mit dem
Kaiser an Bord, in den Hafen eingeschifft. Eine tausend-
köpfige Menge begrüßte hiermit den Kaiser, der lebhaft dankte.
Der Kaiser hat sich lobend über den Kaiser, und von
dort auf die „Sohobollern“. Der Kaiser geht heute auf der
„Sohobollern“, eventuell auch auf dem „Meier“ eine meh-
rere Tage Fahrt durch den weissenen Teil der Dänee
an der holländischen Küste entlang auszureiten und zunächst
Dänemark in der Nähe von Sønderburg anzukommen. Die
Kaiserin geht mit der Prinzessin Viktoria Luise Kreuzfahrten
mit der „Sohna“ zu unternehmen.

Zur Wein- und Nahrungsmittel-Kontrolle.

Die 24. Kommission des Abgeordnetenhauses be-
traut, die Staatsregierung zu ersuchen, im Bundesrat dahin
wirken zu wollen, daß baldmöglichst noch Nachgabe des § 10
des Reichsgesetzes vom 24. Mai 1901 durch gesetzliche Vorschriften
die Lebensmittelkontrolle des Reichs mit Nahrungsmittel- und Genuss-
mitteln, insbesondere mit Wein, noch einheitlichen Grundlagen
und durch Bestimmung besonderer Landesbeamten im Hauptamt
erregt wird. Der Reichstag des Ministeriums der
Medizin hat folgende Forderungen an u. a. folgende Forderung
ab: Lebensmittelkontrolle wird erklärt, daß sich die Bestim-
mungen des Gesetzes bewahrt hätten, die angeführte
Weinkontrolle einen bemerkenswerten Erfolg schon jetzt erzielt.
Mit Rücksicht auf das bisher ausgeübte Verfahren ist zu er-
warten, daß auch weitere Erfahrungen bezüglich der Weinein-
kontrolle abzuwarten. Es ist zu hoffen, daß die eingeführte
Kontrolle sich mit jedem Jahre wirksamer und erfolgreicher ge-
stalten wird. Soweit verneinbare Ungleichheiten in der Hand-
habung zutage treten sollten, wird die Staatsregierung deren
Beseitigung anstreben. Bezüglich der allgemeinen Maß-
nahmen zur Kontrolle aller Lebensmittel wird eingehend er-
örtert worden, welche auch die Fragen der einheitlichen Regelung über
das ganze Reich und die Bestimmung von besonderen Landes-
beamten im Hauptamt umfassen sollen. Die Staatsregierung wird
der einheitlichen Gestaltung der Nahrungsmittelkontrolle
ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden. Ueber die bestehenden
Praktiken in Berlin wurden aus der Kommission Klagen
in dem Grade, daß Berlin werde das Land mit Nahrungsmitteln
von Wein überprüften, zu prüfen, die ganz unerträglich seien.
Hier könne allein eine Kontrolle helfen, die aber weit stärker
zu handhaben sei, als jetzt geübt. Die Kontrolle sei in Berlin
ganz unzulänglich. Auf den Weinverehrungsbezirk fallen 60,
auf Berlin nur 4 Sachverhalte. 6187 Betriebe seien dort
rechtskonform, verdient seien nur 225 worden.

Südwirtschaft.

Unter welchen Schweregezeiten der Kampf in
Südwirtschaft geführt werden muß, hat sich bereits hervor-
gehoben, daß die Südwirtschaft, insbesondere die 1000
Tonnen frisches Wasser von Kapstadt nach der
Vorderküste verfrachtet werden. — Wahrscheinlich, ein her-
liches Land, das sich schon so viel Hunderte braver Soldaten
und so viel Millionen Geld geflohen hat und noch weiter
fohlet!

Politisches.

— Der Abg. Graf Limburg-Strom hat in der Sonn-
abend-Sitzung der konservativen Fraktion des Abgeordneten-
hauses erklärt, daß er im Hinblick auf seinen Gesundheitszustand be-
absichtigt, kein Mandat niederzulegen. Die „Kreuz-
zeitung“ schreibt dazu: „Weder besteht wenig Aussicht, daß es
seiner Fraktionsgenossen, an deren Spitze er lange Jahre hin-
gelang gehalten hat, gelingen wird, ihn in seinem Entschlusse
während zu machen. Für die konservative Fraktion würde sein
Rücktritt ein schwerer Verlust sein. Denn in dieser hat Graf
Limburg-Strom bis zuletzt einen maßgebenden Einfluß aus-
geübt, und trotz der Meinungsverschiedenheiten, die in ihren
Reihen manchmal zutage treten, sich stets allseitiger Ver-
ehrung und eines ungetrübten Aufsehens erfreut.
Zunehmender schätzt man die fremdliche Rücksicht, mit der
er auch einer der feinsten entgegengelegten
Anpassung Bestrebungen abzugeben umste, und seine
bevorzugte Fähigkeit, zu verhindern, daß die hier
und da vorhandenen Gegensätze das gefährliche Zusammenstoßen
in der Fraktion gefährden. Diese Vorse, die er lange Jahre hin-
mehr angeordnet wird, sich mit ihm immer noch eng verbunden
fühlen, und stets mit herzlichem Dem ihm seinen Rücktritt ge-
wünscht.“ Als Nachfolger des Grafen Limburg-Strom in seiner
Stellung als Führer der konservativen Fraktion des Abgeord-
nenhauses wird von anderer Seite Graf v. Ardenberg
als geeignet genannt. Dagegen meint die „Zeit.“, daß der
Abg. v. Heidebrand u. D. von Langt die würdige Führung
der Fraktion übernehmen habe. Man kann wohl annehmen, daß
der Verlust der Vorgesetztenbestimmungen im Herrenhaus
den konservativen Fraktion mit zum Nachteil bestimmt hat. Das
Reichstagsamt hat für den Wahlkreis Westfalen-Land
belehrt Graf Limburg-Strom bei.

— Das Bürgerliche Braubaus in Bitter (Wilhelm
Krause) hat seine Parteimitgliedschaft für sich selbst
verweigert, daß es in diesem Jahre seine Mitgliedschaft zum
1. Oktober 1905 zu beenden und sich auf das Gebiet von
Dessau zu verziehen hat, wodurch sich die Mitgliederzahl
auf 69000 Mitglieder jährlich mindertens 50,000 Kronen dem
sächsischen Schuldverein zugunsten werden. Vorheres Jahr, als
etwa auch um diese Zeit vom Bürgerlichen Braubaus und seinen
Mitgliedern die Rede war, wurde berichtet, daß die
Dienstmittelverhältnisse, das Braubaus sei zum großen Teil,
Dienstmittelverhältnisse ein beachtliches Wachstum. Die Tatsache,
daß es zu der freizeuglichen Gewinn der „Matice“ gehört,
genügt, um die Unbereitschaft solcher Behauptungen dar-
zutun. Die Tatsache, daß es keinen Erfolg nach dieser Richtung
nicht sogar verdoppelt, sollte endlich, so meint die „Post“, einen
großen Teil weitgehend der deutschen Wirtschaft veranlassen,
den Bitterer Krause zu boykottieren. Vor einem Jahre hat
Erte Krause durch Aktien-Gründungen in Dresden den
Verlust gemacht, einer solchen wünschenswerten Aenderung von dem
sächsischen Bier bereits dadurch entgegenzukommen, daß sie
am Ende ihres „Wohnort“ dem Allgemeinen Deutschen
Schuldverein einen Anleihebetrag von 1000 Mark auf zunächst
bei der Jahre zinsten, mit dem Zweck, die eintrittende
Erhöhung des Anleihebetrags dieser Betrag noch um ein Prozent
dieses Wertmaßstabes gesteigert werden sollte. Der angeprochene
Zweck, den die Gesellschaft damit verfolgte, war eine mögliche
Veränderung des sächsischen Bieres zum deutschen Marke.
Seine Kreise vor allem, die Geschäftsbank legen, national zu
werden, müßten ein solches Verhalten anzuwenden unterliegen. Es
wäre jedoch ebenfalls die denkbar beste Weise der nationalen Be-
stärkung.

Sitze und Zahl.

— Der Konflikt an der Technischen Hochschule zu
Chemnitz, der in den letzten Wochen erstens
weitgehend hat, erklärt abermals die Verhandlung. In der
in der Aula der Technischen Hochschule stattfindenden Sitzung des
Rektorats, der letzten Anstehung des scheidenden
Rektors Professor Dr. Wiethe, waren, entgegen einem alten
Wort, die Abgeordneten der Vorparlamenten und der — vom
Rektor selbst ernannte — prolokatorische Ausschüsse
angeordnet, die Verhandlung zu leiten. Die Verhandlung
Sachverhalte des Rektorats nicht erklären und sie nur als
Proposition empfinden konnte, blieb sie samt den Abgeordneten
der Rektoren. Nur die Studierenden der Abteilung für Schin-
bau, welcher der neue Rektor Prof. Max Zimmer angehört,
entschieden, lediglich mit ihrem Rektor ihre Sympathie auszusprechen.
Der neue Rektor Prof. Zimmer hat sich demgegenüber
verweigert, um so mehr erklärlich, als man eben im Begriff stand,
Frieden zu schließen. Es sollen nämlich in den nächsten Tagen
dem Rektor die neuen Ausschüsse für seine Genehmigung ein-
gereicht werden. Wie geltend gemacht wird, hat das
Disziplinarausschüsse, das Anfang Mai gegen Herrn
den, vor, techn. Fakultät der Hochschule, um seinen
Rektorat gewählt. Nachdem man sechs Wochen lang vergeblich
versucht hatte, sich irgend etwas nachzuweisen, müßte man
schließlich — wie der Rektor Herrn Sedlitz auf eine Anfrage mit-
teilte — das Verfahren endgültig einstellen.

Verwaltung und Wirtschaft.

— Zur Frage der Justizauflage äußert sich Professor
Gadamer in der „Deutschen Juristen-Zeitung“ im Hinblick auf das
Eingreifen des preussischen Justizministeriums in die Angelegenheit
des Kammergerichts über eine Beschwerde der Berliner Milchzentrale
und kommt dabei zu folgenden Resultat: „Vom Standpunkt des
formalen Rechts aus kann eine Lebensversicherung der
Dienstausführenden darin nicht finden, daß der Justizminister
ein Gericht auf eine lebenslange Vergütung eines rechtskräftigen
Urteils aufmerksam macht. Eine andere Frage ist es, aber, ob in
den in der Sache bestehenden Verhältnissen ein solches Eingreifen
gegeben war. Die in der Dienstausführung liegende Gewalt ist
Nicht nur eine diskretionäre; sie muß mit Weisheit, Licht
und Gerechtigkeit ausgeübt werden; die Gefahr des Mißbrauches
ist mit ihr verbunden. Vor allem aber darf sie niemals in
Abhängigkeit einer parteipolitischen Tendenz gebunden werden;
sonst ist die Gefahr nicht dem Willen der Weisheit, sondern
unabhängig und schädlich das Vertrauen zu der Unabgänglichkeit
und Unparteilichkeit derselben. Ob von diesem Gesichtspunkt aus
das Einschreiten des Justizministers einer berechtigten Kritik
unverletzt, kann hier nicht erörtert werden und ist nicht der
Gegenstand juristischer Erwägungen; die Art und Weise
aber, wie es im Abgeordnetenhaus und im Reichstag, sowie in
einer sehr großen Zahl der Presse beurteilt worden ist, muß
zur Nachprüfung dienen, daß auch der Schein einer tendenziösen
Veränderung des Dienstausführenden so sorgfältig wie möglich ver-
hindert werden muß.“

— Die erste Tagung der Deutschen Gesellschaft für
gerichtliche Medizin, die seit der kurzen Zeit ihres Bestehens
schon 225 Mitglieder zählt, wird vom 25. bis 28. Sept.
in Weimar zugleich mit der 77. Versammlung deutscher Natur-
forscher und Ärzte stattfinden. Folgende Gegenstände sind zur
Erörterung auf die Tagesordnung gesetzt: 1. Tod durch Gift-
mittel; 2. Morphinismus in strafrechtlicher Beziehung; 3. Prof. Dr.
Kann-Dreier und Professor Dr. Strömman-Verlin. 4. Der
Gefahrenzustand jugendlicher Krimineller; 5. Professor Dr.
Anten-Gras und Prof. Dr. Puppe-Königsberg.

Land- und Volkswirtschaft.

— Das Subsidienprogramm der Deutschen Land-
wirtschafts-Gesellschaft an den Kaiser hat folgenden
Wortlaut: „Die 58. Hauptversammlung der Deutschen Land-
wirtschafts-Gesellschaft einbietet Eurer Kaiserlichen und Königl.
Majestät Ihre durchschauende Vergünstigung. Sie erlaubt sich
insgesamt hierunter den Dank auszusprechen, den sie bringen
die guten Absichten, die Eure Kaiserliche Majestät für den
Verlauf der 19. Wanderversammlung auszusprechen allergnädigst
gerührt haben, und die Verödigung hinzuzufügen, daß die
deutschen Landwirte sich betreibt sein werden, sich der Euer
des Reichstags Eurer Kaiserlichen Majestät über die Deutsche Land-
wirtschafts-Gesellschaft würde zu erwidern.“

Gebäude und Medizinischen.

— Die diesjährige Generalversammlung des Deutschen
Reichs für Volkskulturen am 7. und 8. und 9. Juli in
München wird nicht ohne Interesse für die Landwirtschaft sein

Regelung betrafte die notwendige Ausrüstung der Besatzung als unzulässig.

Von der Stockholmer Flottenstation ist jetzt das sog. Stodgöls-Geschwader im Besitz klar zu machen, um wie gewöhnlich mit dem zum Seefahrt einsetzenden Personal in einer dementsprechenden Höhe in See zu gehen.

Die Besetzung von Antwerpen.

Es verläutet, daß Belgische Ministerium jetzt infolge des Verfalls der belgischen Konventionen, betr. die Besetzung von Antwerpen, zu Veränderungen...

Die Welt in Barcelona?

Die Abdankung des kaiserlichen Gesandten in Barcelona erregt nach der offiziellen Mitteilung ein heftiges Aufsehen, da Bismarck nicht nachweisbar ist.

Die Lage auf Krete.

Die russische Abteilung teilt mit den freilich Genannten nach Kreta zurück. Bei der Besetzung Kretas wurde eine Frau getötet und ein Mann verwundet.

Die Lage in Rußland.

Der Kaiser, Georg Hohenzollern, „Dimitrius Hofmann“, ein anderer Kaiser, der Zerkowitzer, Krasnow, und mehrere Zerkowitzer unter dem Oberbefehl des Admirals Wischniewski gingen am 28. Juni von Sewastopol nach Odessa in See.

Der Kaiser, Georg Hohenzollern, „Dimitrius Hofmann“, ein anderer Kaiser, der Zerkowitzer, Krasnow, und mehrere Zerkowitzer unter dem Oberbefehl des Admirals Wischniewski gingen am 28. Juni von Sewastopol nach Odessa in See. Eine zweite Abteilung, aufgenommen aus den Linienfähren „Hofmann“ und „Schnur“ folgte ihnen am 29. Juni unter dem Kommando des Admirals Krieger. Auf der Reise von Odessa angekommen, besah Admiral Krieger dem „Boten“, sich dem Geschwader anzuschließen.

Der „Boten“ fährt nach der rumänischen Küste.

Der „Boten“ ging am 28. Juni von Odessa in See und nahm Ankerstellung nach der rumänischen Küste. „Dolly Mail“ meldet aus Konstanza (Münster): Der Kommandant der rumänischen Schwarzen Meer-Flotte ging am 28. Juni nach Odessa und wurde mit dem üblichen, seinem Range angemessenen Salut begrüßt und durch eine Abordnung von Matrosen empfangen, die um die Erlaubnis nachsichtig, vorwärts anzukommen.

Im Nord des „Boten“.

Nach dem Bericht des Sewastopol-Geschwaders ist die Besetzung des „Boten“ auf dem Wege von Tendra nach Odessa am 28. Juni alle Offiziere außer fünf, die hauptsächlich Wundheilungsgenossen sind.

Wichtigste Vorgänge.

Nach den letzten Nachrichten legte das Schwarze Meer-Geschwader am Sonntag ohne die Kriegsschiffe „Georg

Hohenzollern“, „Boten“, „Berta“ und ein Torpedoboot nach Sewastopol zurück. Gleich nach seiner Ankunft erhielt es den Befehl, sich dem Geschwader „Boten“ unter dem Befehl des Admirals Krieger einer Besetzung der Admirale und Offiziere zu unterwerfen, die das Verhalten der Schiffsmannschaften lobte.

Die Lage in Odessa.

Admiral Krieger ließ bei seiner Rückkehr nach Sewastopol auf dringenden Entschluß des Gouverneurs, der angeblich über 80,000 Mann verfügt, zwei Schiffschiffe in den Hafen von Odessa zurück.

Der Nihilist.

Das Organ der politischen sozialdemokratischen Partei „Nepzob“ meldet: Der Matrose des „Boten“, der am 27. Juni vom Kaiser erlassen wurde, die sich Stephan Dmitriew oder Dmitriew nennt, er wurde bekannt als rühmlicher sozialistischer Kämpfer unter den Matrosen der Schwarzen Meeresflotte und stand auch an der Spitze der revolutionären Bewegung unter den Matrosen.

Offiziell wird demittiert.

Die kaiserliche russische Botschaft in Berlin ist ermächtigt, die in mehreren Zeitungen veröffentlichte telegraphische Nachricht aus Petersburg, datiert vom 19. Juni, über eine angebliche Bestimmung von russischen Offizieren im Lager von Krakau in See zu entscheiden.

Offiziell wird demittiert.

Zu seltenen russischen Kreisen wird als Nachfolger des Ministers des Innern, Bulgakov, dessen Wiedereintritt täglich zu erwarten ist, der Generaladjutant Gnatjew, der ehemalige Generalgouverneur von Kiew, genannt.

Durch Agenten der Petersburger Geheimpolizei wurde bei dem von der russischen Botschaft in Berlin und dem russischen Außenminister in dem Dorf Wjere in der Gegend von Barfosselo eine Bombenfabrik mit 8 geladenen und 22 nicht geladenen Bomben sowie etwa 100 Pfund flüssiger Sprengstoffe, Sprengpulver und anderem Material zur Bombenfabrikation gefunden.

Der Krieg in Ostasien.

In der Mandchurie.

Ein Telegramm des Generals Linjewitsch an den Kaiser meldet: Am Morgen des 29. Juni drängten die Japaner sehr energisch gegen Wjere vor. Unsere Vorposten zogen sich zurück.

Wie vom Kriegsschauplatz gemeldet wird, hat General Linjewitsch seine Truppen so weit zurückgezogen, daß sie sich in erheblicher Entfernung von den japanischen Hauptkräften befinden. Zwischen den russischen und den japanischen Vorposten kommt es fortwährend zu unbedeutenden Gefechten.

Der Vormarsch gegen Wladivostok.

Die Japaner rücken gegen Wladivostok vor. Man glaubt, daß es in der Nähe von Tsimon zu einer Schlacht kommen wird.

Die Friedensverhandlungen.

Präsident Roosevelt wurde zur Mitteilung ermächtigt, daß die russische und die japanische Regierung ihn von der Ernennung ihrer Bevollmächtigten in Kenntnis gesetzt haben, die möglichst bald nach dem 1. August zusammenzutreten sollen.

Sacharow's Demission.

Die von Kriegsminister Sacharow eingereichte Demission ist angenommen worden.

Russische Ärzte sehen Deden ab.

Wir lesen im „Berliner Abend“: Sowohl General Kropotkin als auch der Oberkommandierende Linjewitsch hatten zahlreiche Ärzte für Deden und Wjere geschickt, um die Wunden der Soldaten zu versorgen.

Die russische Finanzlage.

Ministerpräsident Rouwer hatte am Freitag eine vertrauliche Besprechung mit den Vertretern der großen Banken über die Haltung der russischen Werte.

Eine neue japanische Mission. Der japanische Finanzminister Takahashi, der sich zuerst in England befindet, erklärte einem Vertreter des „Netherlands Bureau“, es sei unmöglich, das Ergebnis über die Dauer des im Gange befindlichen Friedens mit anderen Bedingungen voranzutreiben.

Ständesamtliche Nachrichten.

- Angebote: Fabrikarbeiter Friedrich Käse, u. Friederike Else (Unterberg 15 u. Saalweberstr. 16). Arbeiter Max Köppler u. Clara Maria Wobisch (Krausstr. 9 u. Seelstr. 13).

- Angebote: Klempner Paul Essler und Anna Wendt (Höllbergweg 7 und Werdstr. 11). Kaufmann Paul Hoffmann und Ehefrau (im der Wörthstraße 12 und Schmeerstr. 23).

- Angebote: Handarbeiter Ernst Hobe (Kornstr. 29). Handarbeiter Otto Hermann (Kornstr. 29).

Die Nummer umfasst 14 Seiten (einschl. Unterhaltungsblatt).

Ich war aufgegeben!

Ich war im Juni 1905, bedrückt, in den letzten Tagen, ab und zu erlitt ich die schlimmste, verminderte sich aber dieses Uebel so sehr, daß ich mich im Juni 20 Jahren an einem tiefen Nervenleiden erholte, zu welchem dann noch Nervenleiden in Folge eines schweren Anfalls, welches sich dann vorwiegend in der Brust wiederholte, so daß ich längere Zeit durch den Darn erkrankt werden mußte.

Reform-Schlafdecken, Bettfedern, Inletts, Badewäsche, Laken, Tücher, Mäntel, Teppiche, Anzüge, Mützen, Hosen u. dergl. Grosse Auswahl zu denkbar billigsten Preisen. Brummer & Benjamin.

